

# Homeoffice-Ausnahme bis Ende Jahr verlängert

Zupendler können vorläufig weiter von zu Hause arbeiten. Die Wirtschaft freut's.

**Valeska Blank**

Eigentlich hat niemand mehr so richtig damit gerechnet, dass bei der Homeoffice-Ausnahmeregelung für Grenzgänger eine Gnadenfrist gewährt wird – nicht einmal die Zuständigen im Regierungsgebäude: «Gemäss derzeitigem Kenntnisstand ist nicht davon auszugehen, dass es nochmals eine Verlängerung gibt», schrieb das Ministeriums für Gesellschaft und Kultur noch Ende Mai.

## **Grenzgänger hätten sich zu Hause sozialversichern müssen**

So kam die Nachricht gestern doch etwas überraschend: Liechtenstein und die Nachbarstaaten haben sich darauf geeinigt, die coronabedingte Ausnahme für Grenzgänger im Homeoffice bis Ende 2022 zu verlängern. Eigentlich wäre die Regelung in wenigen Tagen per Ende Juni ausgelaufen. Für Grenzgänger, die in Liechtenstein arbeiten, hätte das bedeutet, dass sie nur noch maximal 25 Prozent von zu Hause aus arbeiten können. Hätten sie diese Grenze überschritten, wären sie nicht

mehr in Liechtenstein sozialversichert gewesen. Dieses Damoklesschwert hängt nun nicht mehr über den Pendlerinnen und Pendlern – zumindest vorläufig: Wer in seinem Wohnstaat im Homeoffice arbeitet, bleibt bis 31. Dezember 2022 in Liechtenstein versichert – und zwar unabhängig davon, wie hoch der Homeoffice-Anteil ist. Das verkündete die liechtensteinische AHV-IV-FAK in einem Newsletter.

## **«Unkompliziert ins Homeoffice, wenn Fallzahlen wieder steigen»**

Das dürfte nicht nur bei den betroffenen Arbeitnehmenden für vorübergehende Erleichterung sorgen. Auch Wirtschaftsvertreter zeigen sich erfreut: «Wir sind sehr froh, dass die Ausnahmeregelung verlängert worden ist», sagt Brigitte Haas, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK).

Auch Bankenverband-Chef Simon Tribelhorn ist zufrieden: «Einerseits ermöglicht die Verlängerung, unkompliziert ins Homeoffice zu wechseln, falls die Corona-Fallzahlen im Herbst erneut ansteigen.» Andererseits gebe

es durch die längere Frist etwas Zeit, eine langfristige Regelung zu finden.

## **Unterschiedliche Haltungen: Jeder EU-Staat will etwas anderes**

Wie es übers Jahr 2022 hinaus weitergeht, ist noch unklar. «Ich hoffe, dass eine längerfristige Lösung gefunden werden kann», sagt LIHK-Chefin Haas. Doch das könnte zur Knacknuss werden. Die EU befinde sich derzeit in Verhandlungen, wobei die Positionen der verschiedenen Staaten aber sehr unterschiedlich seien, heisst es auf Anfrage beim Ministerium für Gesellschaft und Kultur: «Einige Länder wollen den Status quo beibehalten oder grosszügiger gestalten, einige die Regelungen aus der Pandemie nur um einige Monate verlängern – und einige wollen so schnell wie möglich zur ursprünglichen Regelung zurück.»

Der Liechtensteiner Wirtschaftsstandort ist auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Was das Land will, ist darum nicht schwer zu erraten: Eine Lockerung der geltenden Regelung, die über die 25-Prozent-Klausel hinausgeht.